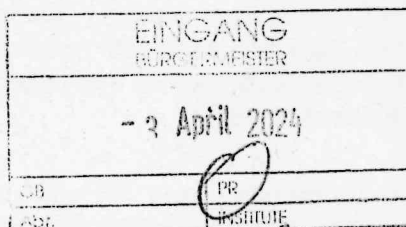


AfD-Ratsfraktion Siegen • Markt 2 (Rathaus) • 57072 Siegen

Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen



Roland Steffe

Markt 2 (Rathaus)
57072 Siegen
kontakt@afd-fraktion-siegen.de
Telefon: 0271 404-1630
Siegen, 02. April 2024

Anfrage

gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur
Sitzung des Rates am 24.04.2024

Betreff:

**Tatsachengrundlage für Aussagen des Bürgermeisters auf der Kundgebung am
25.01.2024 am Siegener Bismarckplatz, Abgrenzung zu linksextremistischen
Organisationen und Verletzung des Neutralitätsgebots wegen Bewerbung dieser
Kundgebung mit Mitteln der Stadt Siegen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

aufgrund des o.g. Sachverhalts und des weiter unter Ziff. I näher beschriebenen
Vorfälle, bitten wir um Beantwortung der unter Ziffer II aufgeführten Fragen.

I. Sachverhalt und verfassungsrechtlicher Kontext

1.

Am 25.01.2024 nahm Bürgermeister Steffen Mues an der vom AStA der Universität
Siegen und der DGB-Jugend unter dem Motto „*Nie wieder ist jetzt! Kundgebung Gegen
die rassistischen Deportationspläne und den Neujahrsempfang der AfD!*“ angemeldeten

Kundgebung teil. Auf seiner Internetseite veröffentlichte der AStA am 17.01.2024 zu dieser Kundgebung folgenden Aufruf¹:

„Im November vergangenen Jahres trafen sich führende AfD Politiker*innen gemeinsam mit der Prominenz der Neuen Rechten, Mitgliedern der Werte-Union und potentiellen Geldgebern zur Ausarbeitung eines sog. „Geheimplans“. Verhandelt wurde nicht weniger als die millionenfache Ausweisung und Deportation von Menschen, die AfD&Co nicht als Teil Ihrer homogenen „Volksgemeinschaft“ sehen. Dazu kann es kein weiteres Schweigen geben. Wir schließen uns den bundesweiten Demonstrationen an: Stellen wir uns entschlossen gegen die rassistische, menschenverachtende Politik der AfD! Nationalismus ist keine Alternative!

Die AfD hält am Donnerstag den 25. Januar 2024 ab 20 Uhr in der Bismarckhalle ihren Neujahrsempfang ab. Rassismus und Faschismus gönnen wir keine ruhige Minute!

Deshalb rufen wir gemeinsam auf: Kommt am 25. Januar um 17:30 Uhr auf den Bismarckplatz. Lasst uns lautstark unser Anliegen vertreten.“

2.

Diese Kundgebung wurde dabei mit folgenden Bildkacheln beworben, aus denen sich ergibt, dass auch linksextremistische und vom Verfassungsschutz beobachtete Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Teilnehmer der Kundgebung sind:



3.

Im verfassungsrechtlichen Kontext ist es mit dem Recht auf chancengleiche Teilnahme am politischen Wettbewerb (vgl. Art. 21 Abs.1 S.1 des Grundgesetzes) unvereinbar, wenn Staatsorgane einseitig Einfluss auf die Ankündigung oder Durchführung politischer Kundgebungen nehmen.²

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lässt es der Verfassungsgrundsatz der Chancengleichheit zudem auch im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit nicht zu, dass staatliche Ressourcen genutzt werden, um Oppositionsparteien zu bekämpfen.³

Vielmehr gebietet es der Grundsatz der Neutralität staatlicher Organe, sich der offenen oder versteckten Werbung für oder gegen einzelne Parteien zu enthalten.⁴

4.

¹ vgl. <https://www.asta.uni-siegen.de/index.php/2024/01/17/nie-wieder-ist-jetzt-kundgebung-gegen-die-rassistischen-deportationsplaene-und-den-neujahrsempfang-der-afd-25-1-2024-17-30-uhr/>

² vgl. BVerfGE 148, 11-40

³ vgl. BVerfGE 44, 125 <148 ff>; 63, 230 <243 I>; 138, 102 <115 Rn. 46.

⁴ vgl. BVerfGE 44, 125 <149>

Gleichwohl wurde die vom AStA der Universität Siegen und der DGB-Jugend angemeldete Veranstaltung vom Bürgermeister auch auf der Homepage der Stadt Siegen beworben, wobei dabei das von den Veranstaltern gewählte Motto („*Kundgebung Gegen die rassistischen Deportationspläne und den Neujahrsempfang der AfD*“) nicht richtig wiedergeben, sondern in „*Kundgebung für eine wehrhafte Demokratie*“ abgeändert wurde, vgl. nachfolgender Screenshot von der Homepage der Stadt Siegen:



5.

Der Redebeitrag von Bürgermeister Mues bei der Kundgebung am 25.01.2024 enthielt u.a. folgende Aussagen [Hervorhebungen durch die Fragesteller]:

„[...] Deshalb freue ich mich, dass wir heute in Siegen ein Zeichen setzen gegen Rechtsextremismus, gegen rassistische Ideologie, gegen **wahnwitzige Abschiebungspläne**, gegen völkisches Gedankengut, gegen Antisemitismus, Hass und Intoleranz. [...]

Auf den Schock nach **Bekanntwerden der Deportationspläne** ist eine Protestwelle gefolgt, wie sie unser Land selten erlebt hat. [...]

Und es ist die nicht mehr schweigende Mitte unserer gesamten Gesellschaft, die sich heute schützend vor die **Menschen stellt, die von diesen Vertreibungsplänen bedroht sein können**. Wie müssen sich meine Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen mit Migrationshintergrund fühlen, wie meine Lieblings-Gastronomie? Gastronomen, wie müssen die sich fühlen? Seit Tagen versuche ich, mich in deren Gefühlslage zu versetzen. Allein die Vorstellung, **Menschen wegen ihrer ethnischen**

Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben und zu deportieren lässt mir das Blut in den Adern gefrieren und macht mich vor allem unglaublich wütend. Es ist die Mitte unserer Gesellschaft, die nicht länger schweigt und das ist ein deutliches Zeichen in Richtung Bismarckhalle. Mögen sie es dort bitte laut und deutlich hören: wir dulden keine Nazis. Ganz, ganz deutlich möchte ich es in diese Richtung formulieren: es gibt niemals Menschen erster oder zweiter Klasse. Aber es gibt den ersten Artikel unseres Grundgesetzes, in dem es heißt: die Würde des Menschen ist unantastbar. Zum Glück gibt es weitere Garantien unseres Grundgesetzes. Zum Beispiel die Freiheit der Presse. Durch die Freiheit der Presse hat eine eindrucksvolle Recherche der unabhängigen Rechercheplattform Correctiv ans Licht gebracht, was da in den Köpfen der Teilnehmenden dieses Treffens im Landhaus Adlon bei Potsdam debattiert wurde. Die völlig irrsinnige Idee der Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund und anderen unerwünschten Menschen in Deutschland. Das weckt unwillkürlich Erinnerung an die furchtbare Wannseekonferenz, bei der die Nazis die systematische Vernichtung der Juden planten. Und vielleicht ist auch deshalb der Ort nicht zufällig gewesen. [...] Mehr als ein Viertel unserer Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Unser Land bräche zusammen, sollten diese alle Deutschland verlassen müssen. Was für eine populistische, irrationale wahnhaftige Idee, die einfach nur Ekel und Abscheu auslöst. [...]"

6.

Der Bürgermeister beruft sich bei seinen Einlassungen bei der Kundgebung am 25.01.2024 zu vermeintlichen Deportationsplänen auf „eine eindrucksvolle Recherche der unabhängigen Rechercheplattform Correctiv“.

„Correctiv“ bezeichnet sich zwar selbst als unabhängig von politischen Einflüssen⁵, erhielt aber seit 2014 allein aus Förderprogrammen verschiedener Bundesministerien und anderer staatlicher Behörden 1,2 Mio. Euro Steuermittel. Hinzu kommen beispielsweise in den Jahren 2020/21 rund 591.000 Euro von der Landesregierung NRW. Auch von den parteinahen Stiftungen der CDU, der FDP und der Grünen erhielt „Correctiv“ erhebliche Beträge.^{6 7}

Die „Correctiv-Recherche“ vom 10.01.2024⁸, auf die sich der Bürgermeister beruft, enthält auch an keiner Stelle einen Beleg, dass ein Teilnehmer des Treffens im Potsdamer Landhaus Adlon – wie der Bürgermeister insinuiert – gefordert habe,

⁵ <https://correctiv.org/ueber-uns/faq/>

⁶ <https://www.nius.de/Analyse/2-5-mio-euro-staatliche-toerderung-so-verschleierte-correctiv-von-wem-das-geld-wirklich-kommt/1e6e8754-0ca2-41a2-a986-96b5e15adbaf>

⁷ <https://correctiv.org/ueber-uns/finanzen/>

⁸ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

„Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben oder zu deportieren“.

Tatsächlich heißt es im ursprünglichen Text von „Correctiv“ im Zusammenhang mit dem dort verwendeten Begriff der Deportation: *„Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren.“* „Correctiv“ bringt also nur seine (nicht belegte) eigene Meinung zum Ausdruck, an was Sellners Entwurf „Correctiv“ erinnere, ohne jedoch ein Zitat zu liefern, was Sellner überhaupt konkret gesagt hat.

Einen Beleg, dass ein Teilnehmer der Potsdamer Veranstaltungen selbst von Deportationen oder Vergleichbarem sprach, kann „Correctiv“ letztlich nicht vorlegen und räumt dies mittlerweile auch ausdrücklich ein. Denn die stellvertretende Chefredakteurin von „Correctiv“, Anette Dowideit, erklärte am 28.01.2024 im „ARD-Pressclub“: *„Wir haben auch nicht von Deportationen gesprochen oder so.“*⁹

Auch Teilnehmer des Treffens, wie beispielsweise der Jurist und CDU-Parteikollege des Bürgermeisters, Dr. Ulrich Vosgerau, bestreiten ausdrücklich, dass bei dem Potsdamer Treffen Aussagen gefallen sind, die den Redebeitrag des Bürgermeisters zu vermeintlichen Deportationen stützen könnten. Sieben Teilnehmer des Treffens versichern insofern an Eides statt, dass es bei dem Treffen nie um *„Deportationen“* oder *„massenhafte Vertreibung auch deutscher Staatsbürger“* gegangen sei. „Correctiv“ tritt dem Inhalt dieser eidesstattlichen Versicherungen mit keinem Wort entgegen und vermeidet jede Aussage, dass die Versicherungen falsch seien oder dass entgegen der Versicherungen diese Themen auf dem Treffen besprochen wurden.¹⁰

Im Innenausschuss des Deutschen Bundestages erstattete das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) am 17.01.2024 Bericht zu dem Treffen verschiedener Personen im Landhaus Adlon. Entgegen einschlägiger Skandalisierungs-berichterstattung durch „Correctiv“ hat auch das BfV keinerlei eigene Erkenntnisse zu den Inhalten des fraglichen Treffens.¹¹ Einer der Autoren der „Correctiv-Recherche“, Jean Peters, räumte noch bis Anfang Februar auf seiner privaten Internetseite ein: *„Ich entwickle Aktionen und erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere.“*¹²

Wir müssen deshalb nicht näher ausführen, dass *„Abschiebungs- oder Deportationspläne“*, wie sie der Bürgermeister offenbar unterstellt, selbstverständlich zu keiner Zeit von der Alternative für Deutschland gefordert worden sind. Zuletzt mit Mitteilung vom 23.01.2024 hat der Bundesvorstand der AfD klargestellt:

- Forderungen nach **Remigration** entsprechen der heutigen **Rechtslage** oder lassen sich mittels **verfassungskonformer Gesetzesänderungen** umsetzen.

⁹ vgl. „ARD-Pressclub“ vom 28.01.2024, dort ab Minute 22:35

¹⁰ <https://jungelreiheit.de/politik/deutschland/2024/das-correctiv-kartenhaus-bricht-zusammen/>

¹¹ <https://afdbundestag.de/gottfried-curio-verfassungsschutz-hat-keine-erkenntnisse/>

¹² <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/correctiv-journalist-jean-peters/>

- **Verfassungswidrige Forderungen** wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger sind **nie von uns beschlossen** worden und stoßen auf unsere **Ablehnung**.
- Die AfD macht keinen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staates.

II. Fragestellungen:

Soweit der Bürgermeister in seiner Rede trotzdem

- „*wahnwitzige Abschiebungspläne*“ nennt;
- von einem „*Bekanntwerden der Deportationspläne*“ spricht;
- die Vorstellung thematisiert, „*Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Haltung massenhaft zu vertreiben oder zu deportieren*“;
- die „*irrsinnige Idee der Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund und anderen unerwünschten Menschen in Deutschland*“ äußert;
- dies alles schließlich sogar mit der „*Erinnerung an die furchtbare Wannseekonferenz*“ verknüpft
- und perfiderweise auch eine Verbindung zu der zeitgleich in der Bismarckhalle abgehaltenen Veranstaltung der AfD-Kreistagsfraktion sowie der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Siegen herstellt („*ein deutliches Zeichen in Richtung Bismarckhalle*“),

stellt sich die Frage nach der **Tatsachengrundlage** für diese Aussagen des Bürgermeisters. Weiterhin stellt sich die Frage nach gebotener **Abgrenzung zu linksextremistischen Organisationen** sowie die Frage einer **Verletzung des Neutralitätsgebots** staatlicher Organe.

Wir fragen den Bürgermeister deshalb:

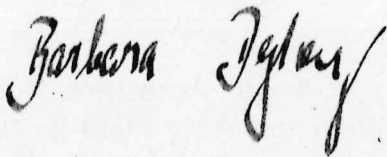
1. Welche konkreten Belege liegen dem Bürgermeister vor, die seine vorgenannt zitierten Aussagen auf der Kundgebung (vgl. Abschnitt I.5) zu „*Deportationsplänen*“ stützen? Wir bitten insoweit um Mitteilung konkreter Zitate von Teilnehmern des Treffens im Landhaus Adlon nebst Urheber und Quelle.
2. Welche konkreten Belege liegen dem Bürgermeister vor, die es rechtfertigen, in seiner Rede eine Verbindung (vgl. Redetext in Abschnitt I.5: „*ein deutliches Zeichen in Richtung Bismarckhalle*“) zwischen den von ihm unterstellten „*Deportationsplänen*“ und der orts- und zeitgleich zur Kundgebung in der Bismarckhalle

abgehaltenen Veranstaltung der AfD-Kreistagsfraktion sowie der AfD-Fraktion im Rat der Stadt herzustellen?

3. Wie vereinbart es der Bürgermeister mit dem Gebot der Verfassungstreue staatlicher Organe, dass er an einer Kundgebung teilnimmt, bei der öffentlich bekannt war, dass auch vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestufte Organisationen wie die DKP und die SDAJ mitmachen werden? Besteht insoweit kein Abstandsgebot?
4. Wie vereinbart es der Bürgermeister mit dem Neutralitätsgebot für staatliche Organe und dem Grundsatz der Chancengleichheit politischer Parteien, dass er eine – schon nach dem von den Veranstaltern gewählten Motto – ausdrücklich gegen die Alternative für Deutschland gerichtete Kundgebung auf der Homepage der Stadt Siegen bewirbt?
5. Warum wurde in diesem Zusammenhang das von den Veranstaltern gewählte Motto der Kundgebung („*Kundgebung Gegen die rassistischen Deportationspläne und den Neujahrsempfang der AfD*“) auf der Homepage der Stadt Siegen nicht richtig wiedergegeben, sondern eine abweichende Bezeichnung gewählt?

Für die AfD-Ratsfraktion Siegen:

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende



Roland Steffe
Fraktionsgeschäftsführer

